Abarbeitung der Festlegungen aus dem Protokoll vom 02.12.2010

TOP Festlegungskontrolle 4.1.3. - Protokoll des Ortschaftsrates vom 07.10.2010 Vorlage: IV-0108/2010

Baumpflanzungen Breiteweg

Vom Ortschaftsrat wird kritisiert, dass das Gutachten noch nicht vorliegt und erwartet, dass im Frühjahr 2011 im 2. Bauabschnitt die Bäume gepflanzt werden. Herr Meseberg wird mit dem Bürgermeister diesbezüglich ein Gespräch führen.

Stellungnahme zur Anregung

Die Gemeinde stellte beim Landgericht Magdeburg den Antrag auf Durchführung eines selbständigen Beweissicherungsverfahrens.

Die 9. Zivilkammer des Landgerichtes Magdeburg hatte dann im April 2010 den Beschluss gefasst, dem gemeindlichen Antrag stattzugeben und einen Sachverständigen benannt, der seitens der Fa. Bruns und der Gemeinde vorab anerkannt wurde.

Ende Mai 2010 wurde der Sachverständige durch das Gericht beauftragt. Ihm wurden durch das Gericht 6 Monate für die Erstellung seines Gutachtens eingeräumt.

Am 17.08.2010 fand unter Leitung des Sachverständigen die Entnahme von 2 Bäumen aus dem 1. Teilabschnitt Breiteweg statt. Dabei wurden verschiedene Proben entnommen. So z.B. Pflanzenteile, Wurzelteile, aus dem Wurzelballen, aus dem Substrat der Baumgrube.

Ausgehend davon, dass der Sachverständige Ende Mai 2010 durch das Gericht beauftragt wurde und ihm 6 Monate zur Erstellung des Gutachtens eingeräumt wurden, hegte die Gemeindeverwaltung die Hoffnung, dass Ende November das Gutachten dem Gericht vorliegen und folgend zumindest Anfang Dezember 2010 den Streitparteien zur Verfügung gestellt werden würde.

Durch Schreiben ihrer Rechtsvertretung vom 06.12.2010 erhielt die Gemeinde davon Kenntnis, welchen Bearbeitungsstand das zu erstellende Gutachten hat.

Um es vorwegzunehmen, ernüchternd und enttäuschend.

Der Sachverständige teilte dem Gericht mit Schreiben vom 15.11.2010 mit, welche Leistungen er in diesem „halben Jahr“ schon erbracht hat:

- Erhalt von Rechnungen und Kostenaufstellungen von Sonderfachleuten und Nachunternehmern, die der Sachverständige gebunden hat bzw. binden müsste
- er wäre jetzt in der Lage einzuschätzen, welche Gutachten welche Kosten nach sich ziehen würden
- der durch die Gemeinde im Vorfeld an das Gericht zu entrichtende Vorschuss in Höhe von 5.000,- € wäre mit der Durchführung des Ortstermins einschließlich des Öffnens und Schließens von Bauteilen (unsere Baumscheiben) und die

Entnahme sowie Konservierung von bodenphysikalischen und mykologischen (Erläuterung: Mykologie = Pilzkunde) Boden- und Gehölzproben aufgebraucht.

Für den Fall der Durchführung sämtlicher Laboruntersuchungen würde der Gesamtbetrag für ein Gutachten in Höhe von voraussichtlich über 20.000,- € entstehen.

Aus Gründen der Kostenreduzierung schlug der Sachverständige vor, schrittweise Untersuchungen durchzuführen. Zuerst sollten nur die bodenphysikalischen Untersuchungen durchgeführt werden, die klären sollen, ob das verwendete Pflanzensubstrat geeignet ist, um einen Anwacherfolg zu verzeichnen oder ob es die Ursache für den fehlenden Anwacherfolg ist.

Entscheidet sich die Gemeinde für diesen Vorschlag, so würden für die dafür notwendigen Untersuchungen nochmals 6.000,- € als Vorschuss zu zahlen sein. In Abstimmung mit dem gemeindlichen Rechtsbeistand wurde dem Vorschlag gefolgt, nur die bodenphysikalischen Untersuchungen durchzuführen und weitere 6.000,- € an das Gericht gezahlt.

Sollten diese Untersuchungen keine Antworten zu den gestellten Fragen geben, so wären dann die mykologischen Untersuchungen notwendig, welche nochmals über 9.000,- € kosten würden.

Mit Schreiben vom 15.12.2010 informierte der Sachverständige das Gericht darüber, dass im Genlabor zusätzliche Arbeiten zur Sicherung der „Beweisstücke“ notwendig waren. Diese Zusatzkosten würden rund 2.400,- € betragen. Das Gericht wurde durch ihn gebeten zu veranlassen, dass die Gemeinde auch diese Summe als Vorschuss einzahlt.

Daraufhin wurde der Gemeinde Barleben durch Beschluss des Landgerichtes Magdeburg vom 21.12.10 aufgegeben, binnen 2 Wochen einen weiteren Vorschuss in Höhe von 2.400,- € einzuzahlen. Dies ist erfolgt.

D. h., die Gemeinde Barleben hat bisher schon 13.400,- € als Vorschuss zahlen müssen. In Anbetracht dessen, dass nach den 6 Monaten nach Beauftragung kein Gutachten vorliegt und nicht abzusehen ist, wie lange sich dieser Vorgang noch hinzieht, hat der Bürgermeister entschieden, dass die Bäume im 2. Teilabschnitt des Mittelabschnittes im Frühjahr 2011 gepflanzt werden.

TOP 6. Anfragen zu den Mitteilungen, Anfragen, Anregungen und Anträge zur Aufnahme auf die nächste Tagesordnung

6.1. Antrag des Fördervereins zur Sanierung der Kirche

Herr Stieger erwartet, dass der o. g. Antrag in der nächsten Sitzung des Gemeinderates abschließend behandelt wird.

Stellungnahme zum Antrag

Das Thema stand auf der Tagesordnung der Sitzung des Gemeinderates am 16.12.2010. Allerdings konnte aus Zeitmangel nicht die gesamte TO abgearbeitet werden und damit der betreffende Antrag nicht abschließend beraten werden.

6.2. Anleinen von Hunden

Herr Rost hat festgestellt, dass viele Hunde nicht angeleint sind und dadurch eine Gefährdung der Bürger auf öffentlichen Straßen besteht.

Von Herrn Lucke wird angeregt, im Mittellandkurier vom Ordnungsamt Hinweise zu veröffentlichen.

Stellungnahme zur Anregung

1. Aufgrund der Anmerkung vor Herrn Rost ergeht folgende Information:
Die Gefahrenabwehrverordnung der Verwaltungsgemeinschaft Mittelland regelte einen generellen Leinenzwang auf den Straßen und allen öffentlich zugänglichen Orten für alle Hunde (unabhängig welcher Rasse und Größe) und enthielt auch keine zeitliche Begrenzung. ***Dieser Leinenzwang wurde durch gerichtliche Feststellungen***

beanstandet. Das Gericht äußerte sich jeweils sinngemäß so, dass dadurch die freie Entfaltung der Persönlichkeit des Hundehalters eingeschränkt wäre. Aus diesem Grund wurden die durch die Gemeinde eingeleiteten Ordnungswidrigkeitenverfahren jeweils durch das Gericht eingestellt.

Derzeit existiert für die Gemeinde Barleben **keinen** generellen Leinenzwang. Vielmehr wird hier mit Einzelfallentscheidungen gearbeitet. D.h. für die Hunde, bei denen **Tatsachen** vorliegen, dass die Allgemeinheit gefährdet ist, wurde ein Leinenzwang ordnungsbehördlich angeordnet. Bei Notwendigkeit erfolgte auch die Beauftragung eines Maulkorbzwanges.

Fakt ist, dass allein vom unangeleint laufenden Hund keine Gefährdung ausgeht. Die Einschätzung hierzu, ob man sich bedroht fühlt, ist immer subjektiv. Für das Land Sachsen-Anhalt gilt seit dem 01.03.2009 das Gesetz zur Vorsorge gegen die von Hunden ausgehenden Gefahren (volkstümlich Kampfhundegesetz genannt).

Hierin ist grundsätzlich folgendes geregelt:

Hunde sind so zu halten und zu führen, dass von ihnen keine Gefahren für die öffentliche Sicherheit ausgehen.

Dabei konkretisiert das Gesetz, dass gefährliche Hunde die Hunde sind, deren Gefährlichkeit vermutet (Vermutungshunde) oder im Einzelfall (Vorfallshunde) festgestellt wird.

Die Rassen der **Vermutungshunde** sind dabei eindeutig definiert.

Es handelt sich um:

Pitbull-Terrier, American Staffordshire-Terrier, Staffordshire-Bullterrier, Bullterrier und deren Kreuzungen.

Diese Hunde müssen sich einem sogenannten Wesenstest unterziehen, der feststellt, dass der Hund zu sozialverträglichem Verhalten in der Lage ist, so dass von diesem Hund keine Gefahren für die öffentliche Sicherheit ausgehen.

Vorfallshunde sind insbesondere dann gefährliche Hunde, wenn

- sie auf Angriffslust oder über das natürliche Maß hinausgehende Kampfbereitschaft oder Schärfe oder auf andere in der Wirkung gleichstehende Merkmale gezüchtet, ausgebildet oder abgerichtet sind
- sie sich als bissig erwiesen haben
- sie wiederholt in gefahrdrohender Weise Menschen angesprungen haben
- sie durch ihr Verhalten gezeigt haben, dass sie unkontrolliert andere Tiere hetzen oder reißen

Diese Vorfallshunde sind außerhalb ausbruchssicherer Grundstücke an der Leine zu führen und haben einen Maulkorb zu tragen.

Im Umkehrschluss heißt das, dass alle Hunde, die nicht Vermutungs- oder Vorfallshunde sind, grundsätzlich keine gefährlichen Hunde sind.

Eine Statistik der Stadt Magdeburg für das Jahr 2007 belegte folgendes:

- Belästigungen durch Hunde:
 - durch Dalmatiner, Dobermann, Golden Retriever, Howard, Schäferhund
- Hundebisse mit Personenschaden:
 - 10 x Rasse unbekannt, 6 x Schäferhunde, 5 x Mischlingshunde, 8 Vermutungshunde, 3 Rottweiler, 2 Dalmatiner
- Hundebisse mit Tierschaden
 - 9 x Rasse unbekannt, 4 x Vermutungshunde, 3 x Schäferhunde, 2 x Mischlingshunde

D.h., folgende Rassen fielen insgesamt besonders auf:

- Rasse nicht bekannt: 339
- Mischlingshund: 82
- Schäferhund: 61
- Vermutungshunde: 42
- Golden Retriever: 20
- Jack Russel: 17
- Dobermann: 13

Das Land Sachsen-Anhalt definiert also die Gefährlichkeit von Hunden über die Rassen, die über vor allem eine enorme (über das übliche Maß hinaus vorhandene) Beißkraft verfügen (Vermutungshunde) bzw. die Hunde, die im Sinne des Gesetzes schon einmal auffällig geworden sind und die Tatbestände der Gefährlichkeit erfüllt haben (Vorfallshunde).

In der Statistik der Stadt Magdeburg ist festzustellen, dass vor allem Hunde auffällig geworden sind, denen man es erst mal nicht so unterstellt hätte. Hier sind noch mal zu nennen: Mischlingshunde (keine Kreuzungen der Vermutungshunde), Schäferhunde, Golden Retriever, Jack Russel

Aus diesem Grund wird seitens der Verwaltung momentan daran gearbeitet, dem Gemeinderat eine überarbeitete, den aktuellen Rechtsprechungen angepasste neue Gefahrenabwehrverordnung zur Diskussion vorzulegen, die auch Regelungen zum Anleinzwang über das Gesetz zur Vorsorge gegen die von Hunden ausgehenden Gefahren

beinhaltet. Fakt dabei ist, dass es einen generellen uneingeschränkten Leinenzwang für die Gemeinde Barleben nicht wieder geben wird.

2. Von der Anregung des Herr Lucke, zum Leinenzwang eine Veröffentlichung im Mittellandkurier vorzunehmen, wird aus diesem Grund Abstand genommen.

**TOP 11. Stele Städtepartnerschaft
Vorlage: BV-0117/2010**

Die Beschlussvorlage wird von Frau Jäger erläutert.

Es wird vorgeschlagen,

- den Text zu verändern: Unser Partner ...
oder Partnerschaft mitbesteht seit.....
- der Standort sollte geprüft werden,
- das Wort „Internet“ kann entfallen.

Beschlussvorschlag

Der Hautausschuss beschließt das Aussehen (siehe Anlage 1) sowie die Standorte (siehe Anlage 5, 7, 8) der Stele „Städtepartnerschaften“ in der Gemeinde Barleben.

Beschluss

Der Ortschaftsrat empfiehlt dem Hautausschuss das Aussehen (siehe Anlage 1) sowie die Standorte (siehe Anlage 5, 7, 8) der Stele „Städtepartnerschaften“ in der Gemeinde Barleben zu beschließen.

Abstimmungsergebnis

JA	NEIN	ENTH	BEFA
13	1	1	0

Stellungnahme zur Anregung

Die Anregungen aus dem Ortschaftsrat werden beachtet.

**TOP 24. Mietvertrag zur Nutzung der Freifläche Angerstraße 24 und 24 a
in Barleben
Vorlage: BV-0135/2010**

Die Beschlussvorlage wird zurückgestellt mit folgender

Festlegung:

Das Nutzungskonzept für die Freiflächen Angerstraße 24 und 24 a wird dem Ortschaftsrat in der nächsten Sitzung durch den Vorstand erläutert.

Von der SG Motor Barleben ist für das 1. Vierteljahr 2011 als Mietpreis 1,00 € zu zahlen.

Der endgültige Mietpreis wird in der nächsten Ortschaftsratssitzung nach der Vorstellung des Konzeptes beschlossen.

Abstimmung über die Festlegung: 15 ja

Stellungnahme zur Anregung

Mit dem Vorsitzenden des Vereins Motor Barleben, Herrn Doberstein, hat am 16.12.2010 eine Beratung stattgefunden. Herr Doberstein war bereits zur Sitzung des Ortschaftsrates am 02.12.10 eingeladen. Die Beschlussfassung BV-0135/2010 wurde jedoch in dieser Sitzung zurückgestellt. Somit wurde er erneut zur nächsten Sitzung des OR am 11.01.2011 eingeladen, in der auch die Beschlussfassung erfolgte.

Am 11.01.2011 wurde der Mietvertrag mit einer Laufzeit von 30 Jahren (an den bestehenden Vertrag zur Halle angepasst) und einem Mietzins von 100,00 € p/a (analog Flächen am Adamsee) beschlossen. Der Mietvertrag befindet sich in der Ausfertigung.

TOP 26. Meinungs austausch zu nicht öffentlich zu beratenden Themen

Herr Brämer weist darauf hin, dass zum Straßenausbau Helldamm mit den Grundstückseigentümern noch keine Gespräche geführt wurden.

Stellungnahme zur Anregung

Die Bedenken von Herrn Brämer konnten zwischenzeitlich mit der Beschlussfassung durch den OR Barleben am 11.01.2011 ausgeräumt werden.